

MINISTERIALBLATT

FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

Ausgabe A

27. Jahrgang	Ausgegeben zu Düsseldorf am 2. April 1974	Nummer 30
---------------------	---	------------------

Inhalt

I.

Veröffentlichungen, die in die Sammlung des bereinigten Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen (SMBl. NW.) aufgenommen werden.

Glied-Nr.	Datum	Titel	Seite
20310	20. 2. 1974	Gem. RdErl. d. Finanzministers u. d. Innenministers Zum Manteltarifvertrag für Arbeiter der Länder (MTL II) vom 27. Februar 1964; Ergänzung der Durchführungsbestimmungen	392
203204	5. 3. 1974	RdErl. d. Finanzministers Verwaltungsverordnung zur Ausführung der Verordnung über die Gewährung von Beihilfen in Krankheits-, Geburts- und Todesfällen	392
23725	28. 2. 1974	RdErl. d. Innenministers Beschaffung von Ersatzwohnraum für Räumungsbetroffene	393
79000	7. 2. 1974	RdErl. d. Ministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Bestimmung der Sitze der unteren Forstbehörden	393
8300	27. 2. 1974	RdErl. d. Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales Erhöhung der Pflegezulage in Anwendung des § 35 Abs. 1 letzter Satz des Bundesversorgungsgesetzes (BVG)	393
913	28. 1. 1974	RdErl. d. Ministers für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr Richtlinien für den Bestand von Straßenbäumen	394

II.

Veröffentlichungen, die nicht in die Sammlung des bereinigten Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen (SMBl. NW.) aufgenommen werden.

Datum	Titel	Seite
	Ministerpräsident Verleihung des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland	399
	Minister für Bundesangelegenheiten und Chef der Staatskanzlei	
8. 3. 1974	Bek. – Verzeichnis der konsularischen Vertretungen in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West), Ausgabe 1974 und Verzeichnis der Vertretungen der Bundesrepublik Deutschland im Ausland	396
	Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales	
27. 2. 1974	RdErl. – Kriegsfolgenhilfe; Verrechnung von Aufwendungen der Nichtsehaftenfürsorge in der nichtpauschaliereten Kriegsfolgenhilfe; Haushaltsjahr 1974	396
5. 3. 1974	RdErl. – Jahreskrankenhausbauprogramm 1974 des Landes Nordrhein-Westfalen	397
	Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr	
1. 3. 1974	Bek. – Genehmigung zur Erweiterung und Änderung der Anlage und des Betriebes des Verkehrsflughafens Düsseldorf	399

I.

20310

**Zum Manteltarifvertrag
für Arbeiter der Länder (MTL II)
vom 27. Februar 1964**

Ergänzung der Durchführungsbestimmungen

Gem. RdErl. d. Finanzministers -
B 4200 - 1.2 - IV 1 -
u. d. Innenministers - II A 2 - v. 20. 2. 1974

Durch das Gesetz zur Verbesserung von Leistungen in der gesetzlichen Krankenversicherung (KLVG) vom 19. Dezember 1973 (BGBl. I S. 1925) ist in die Reichsversicherungsordnung der § 185c eingefügt worden. Das Gesetz ist am 1. Januar 1974 in Kraft getreten.

Nach § 185c Abs. 1 RVO erhalten in der gesetzlichen Krankenversicherung pflichtversicherte oder freiwillig versicherte Arbeitnehmer Krankengeld von ihrer Krankenkasse, wenn es nach ärztlichem Zeugnis erforderlich ist, daß der Versicherte zur Beaufsichtigung, Betreuung oder Pflege seines erkrankten Kindes der Arbeit fernbleibt, eine andere im Haushalt des Versicherten lebende Person die Beaufsichtigung, Betreuung oder Pflege nicht übernehmen kann und das Kind das achte Lebensjahr noch nicht vollendet hat. Dieser Anspruch besteht in jedem Kalenderjahr für jedes Kind längstens für fünf Arbeitstage. Der Arbeitgeber muß den Versicherten für diese Zeit von der Arbeit ohne Fortzahlung des Lohnes freistellen, soweit der Arbeitnehmer nicht aus demselben Grunde Anspruch auf Freistellung von der Arbeit unter Lohnfortzahlung hat. Dieser Anspruch kann durch Vertrag nicht ausgeschlossen oder beschränkt werden.

Die Durchführungsbestimmungen zum Manteltarifvertrag für Arbeiter der Länder - MTL II - vom 27. Februar 1964, die mit dem Gem. RdErl. v. 1. 4. 1964 (SMBl. NW. 20310) bekanntgegeben worden sind, werden wie folgt geändert und ergänzt:

1. In Abschnitt II Nr. 26 Buchst. b werden dem bisherigen einzigen Satz folgende Sätze 2 und 3 angefügt:

„Auf § 185c RVO wird hingewiesen. Ein gesetzlicher Anspruch auf unbezahlte Freistellung von der Arbeit nach § 185c Abs. 3 Satz 1 RVO besteht nicht, wenn und soweit dieser Anspruch in einem Kalenderjahr mit dem tariflichen Anspruch nach Absatz 2 Buchst. f auf Freistellung von der Arbeit unter Lohnfortzahlung zusammentrifft.“

2. In Abschnitt B Nr. 31 erhält Buchstabe b folgende Fassung:

„b) Änderungen des Monatstabellenlohnes aufgrund eines Tarifvertrages, der erst nach dem Tode des Arbeiters vereinbart worden ist, der aber rückwirkend zu einem Zeitpunkt vor dem Tod in Kraft tritt, sind bei der Bemessung des Sterbegeldes zu berücksichtigen. Dagegen bleiben Änderungen, die nach dem Sterbetag während des Zeitraumes eingetreten wären, für den Sterbegeld gewährt wird (z. B. Anspruch auf den Monatstabellenlohn einer höheren Stufe, Einreihung in eine höhere Lohngruppe nach Ablauf einer maßgebenden Bewährungszeit) unberücksichtigt.

Änderungen des Kinderzuschlags und des Sozialzuschlags, bei denen das maßgebende Ereignis im Sterbemonat nach dem Sterbetag eingetreten ist und die auf einer rückwirkenden Gewährung oder Erhöhung des Kinderzuschlags mit Beginn dieses Monats beruhen, sind bei der Bemessung des Sterbegeldes für den Sterbemonat zu berücksichtigen. Der höhere Sozialzuschlag ist auch beim Sterbegeld für die beiden weiteren Monate zu berücksichtigen.

Nach Absatz 3 Unterabs. 3 wird der Kinderzuschlag nur noch für den Sterbetag und ggf. für die restlichen Tage des Sterbemonats, aber nicht für die beiden weiteren Monate gewährt.“

203204

**Verwaltungsverordnung
zur Ausführung der Verordnung über die Gewährung
von Beihilfen in Krankheits-, Geburts- und Todes-
fällen**

RdErl. d. Finanzministers v. 5. 3. 1974 -
B 3100 - 0.7 - IV A 4

- I. Mein RdErl. v. 9. 4. 1965 (SMBl. NW. 203204) wird im Einvernehmen mit dem Innenminister wie folgt geändert:

1. Nummer 5.1 erhält folgende Fassung:

5.1 Hält ein Facharzt eine Untersuchung oder Behandlung in einer Diagnoseklinik wegen der Besonderheit des Krankheitsbildes für erforderlich, sind die durch die Inanspruchnahme der nächstgelegenen Diagnoseklinik entstehenden Kosten nach § 4 Nr. 1, 3, 7, 9 und 11 BVO beihilfefähig; bei nicht-stationärer Unterbringung können Aufwendungen für Unterkunft und Verpflegung während der notwendigen Dauer des Aufenthalts bis zur Höhe der Sätze des Tage- und Übernachtungsgeldes der Reisekostenstufe A des Landesreisekostengesetzes als beihilfefähig berücksichtigt werden. Die fachärztliche Bescheinigung ist zusammen mit dem Beihilfeantrag vorzulegen.

Sind die Voraussetzungen des Absatzes 1 nicht erfüllt, werden zu den Beförderungskosten sowie zu den bei stationärer oder nicht-stationärer Unterbringung entstehenden Kosten für Unterkunft und Verpflegung keine Beihilfen gewährt; beihilfefähig sind nur die Aufwendungen nach § 4 Nr. 1, 7 und 9 BVO. Aufwendungen für eine stationäre Unterbringung (§ 4 Nr. 3 BVO) können ausnahmsweise dann als beihilfefähig berücksichtigt werden, wenn sich anlässlich der Untersuchung oder Behandlung in der Klinik die dringende Notwendigkeit einer solchen Unterbringung ergibt und dies von der Klinik bescheinigt wird.

Aufwendungen für Grunduntersuchungen zur Gesundheitskontrolle in einer Diagnoseklinik sind nicht beihilfefähig; § 3 Abs. 1 Nr. 2 BVO bleibt unberührt.

2. In Nummer 12.1 wird die Zahl „750“ durch die Zahl „850“ ersetzt.
3. In Nummer 12.4 wird die Zahl „40“ durch die Zahl „60“ und die Zahl „25“ durch die Zahl „35“ ersetzt.

- II. In der Anlage 3 zur Verwaltungsverordnung (Heilbäderverzeichnis) ist

- a) in Abschnitt I

„Krumbach Krumbach/Schwaben By 550“

zu ersetzen durch

„Krumbad Krumbach/Schwaben By 550“;

hinter „Wurzach Ravensburg BW 650-700“

einzufragen

„Zwischenahn Ammerland Nd 5“;

- b) in Abschnitt III

hinter „Hindelang“ einzufügen „einschl. Ortsteil Unterjoch“;

hinter „Oberstaufen“ einzufügen „einschl. Ortsteil Thalkirchdorf“;

- c) in Abschnitt IV

hinter „Oberstaufen“ einzufügen „einschl. Ortsteil Thalkirchdorf“;

hinter „Radolfzell-Mettnau Konstanz BW 400“ einzufügen

„Scheidegg einschl. Lindau By 800-1000“.
Gemeindeteil Scheffau

- III. Abschnitt I Nr. 1 gilt für Aufwendungen, die nach dem 30. 9. 1973,
Abschnitt I Nr. 2 für Aufwendungen, die nach dem 1. 1. 1974,
Abschnitt I Nr. 3 für Aufwendungen, die nach dem 31. 3. 1974 entstanden sind.

IV. Soweit von Krankenanstalten die Bundespflegesatzverordnung – BPfIV – vom 25. April 1973 (BGBl. I S. 333) angewandt wird, sind bis zur Änderung der Beihilfenverordnung folgende Kosten als beihilfefähig anzusehen:

- a) der allgemeine Pflegesatz (§ 3 BPfIV),
- b) der besondere Pflegesatz (§ 4 BPfIV),
- c) gesondert berechenbare Nebenleistungen (§ 5 BPfIV),
- d) gesondert berechenbare Arztkosten (§ 6 BPfIV),
- e) gesondert berechenbare Kosten für ein Zweibettzimmer (§ 6 BPfIV),
- f) zusätzliche Sach- und Personalkosten bei Aufnahme zur Begutachtung (§ 7 BPfIV).

Bei Unterbringung in einem Einbettzimmer sind nur die Kosten beihilfefähig, die bei Inanspruchnahme eines Zweibettzimmers entstanden wären; das gilt auch für den Fall, daß der allgemeine oder besondere Pflegesatz (§§ 3, 4 BPfIV) bereits die Kosten für ein Zweibettzimmer enthält. Aufwendungen für Verpflegung sind, soweit sie nach § 6 BPfIV gesondert berechnet werden, nicht beihilfefähig.

Die Vorschriften für krankenversicherungspflichtige Personen, für alleinstehende Beihilfeberechtigte ohne Unterhaltsverpflichtungen sowie für die Unterbringung in privaten Krankenanstalten oder Privatkliniken bleiben unberührt.

– MBl. NW. 1974 S. 392.

23725

Beschaffung von Ersatzwohnraum für Räumungsbetroffene

RdErl. d. Innenministers v. 28. 2. 1974 –
VI A 4 – 4.191 – 360/74

Mein RdErl. v. 10. 12. 1970 (SMBL. NW. 23725) wird wie folgt geändert:

1. In Nr. 2.23 Satz 3 wird das Wort „Miete“ ersetzt durch die Worte „Miete/Belastung“.
2. Nr. 4 erhält folgenden Wortlaut:

Ersatzraumbeschaffung im Zuge von Straßenbaumaßnahmen der Gemeinden sowie bei Maßnahmen des öffentlichen Personennahverkehrs

3. Hinter Nr. 4.2 wird folgende neue Nr. 4.3 eingeführt:

Bei der Förderung der Ersatzraumbeschaffung im Zuge von Baumaßnahmen für den öffentlichen Personennahverkehr dürfen die für Straßenbaumaßnahmen der Gemeinden geltenden Regelungen entsprechend angewandt werden.

– MBl. NW. 1974 S. 393.

79000

Bestimmung der Sitze der unteren Forstbehörden

RdErl. d. Ministers für Ernährung, Landwirtschaft
und Forsten v. 7. 2. 1974 – IV 1 20-70-00.10

Mein RdErl. v. 16. 12. 1971 (SMBL. NW. 79000) wird wie folgt geändert:

In der Anlage wird in Spalte „Staatliches Forstamt“ bei Lfd. Nr. 29 das Wort „Bredelar“ durch „Brilon“ ersetzt.

– MBl. NW. 1974 S. 393.

8300

Erhöhung der Pflegezulage in Anwendung des § 35 Abs. 1 letzter Satz des Bundesversorgungsgesetzes (BVG)

RdErl. d. Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales
v. 27. 2. 1974 – II B 2 – 4208 – (3/74)

1. Nach § 35 Abs. 1 letzter Satz BVG kann die Pflegezulage (Stufen I bis V) angemessen erhöht werden, wenn die Aufwendungen für fremde Wartung und Pflege den Betrag der Pflegezulage übersteigen. Diese Vorschrift gibt den Versorgungsämtern aber nicht die Möglichkeit, in jedem Falle ohne nähere Prüfung den vollen Unter-

schiedsbetrag zwischen der Pflegezulage und den tatsächlichen Aufwendungen für fremde Wartung und Pflege zu zahlen, da es sich bei der Erhöhung der Pflegezulage um eine Kannleistung handelt, über deren Bewilligung und Höhe die Versorgungsämter nach pflichtgemäßem Ermessen zu entscheiden haben. Die Erhöhung nach § 35 Abs. 1 letzter Satz BVG kann zu jeder Stufe der Pflegezulage gewährt werden.

2. In den Fällen, in denen die Pflegekraft den Beschädigten nicht nur wartet und pflegt, sondern auch im weitesten Sinne den Haushalt führt, ist bei der Ermittlung der „Aufwendungen für fremde Wartung und Pflege“ folgendes zu beachten:

Die Pflegezulage ist ausschließlich dazu bestimmt, dem Beschädigten, der zur Erhaltung seiner körperlichen Existenz auf fremde Hilfe angewiesen ist, die notwendigen Aufwendungen für diese Hilfe zu ersetzen. Es können deshalb im Rahmen der Pflegezulage nur Aufwendungen berücksichtigt werden, die durch solche Verrichtungen entstanden sind, die in einem unmittelbaren Zusammenhang mit der Wartung und Pflege des Beschädigten stehen. Zu dieser Verrichtung gehören insbesondere das An- und Auskleiden, Essen und Trinken, Waschen, Verrichten der Notdurft, die notwendige und mögliche körperliche Bewegung sowie die geistige Erholung. Allgemeine hauswirtschaftliche Arbeiten wie die Instandsetzung und Reinigung der Wohnung oder das Kochen, soweit es nicht der Pflege des Beschädigten allein oder unmittelbar dient, fallen dagegen nicht unter diese Verrichtungen.

Bei der Prüfung, ob die Pflegezulage nach § 35 Abs. 1 letzter Satz BVG erhöht werden kann, haben deshalb Aufwendungen außer Betracht zu bleiben, die für solche Verrichtungen entstanden sind, die nicht unmittelbar der Wartung und Pflege des Beschädigten dienen. Das schließt nicht aus, daß die Kosten für die Pflegekraft voll als Aufwendungen gelten können, wenn in der durch die Pflege bedingten Beschäftigungszeit auch einige allgemein hauswirtschaftliche Arbeiten verrichtet werden. Dabei ist zu beachten, daß das Ausmaß der Pflegebereitschaft nicht nur vom Ausmaß der tatsächlichen Hilfeleistungen abhängig ist, sondern auch das Bereitstehen zur Pflege als pflegerische Tätigkeit gewertet werden kann. Ob ein Bereitstehen zur Pflege in diesem Sinne vorliegt, ist nach den Gegebenheiten des Einzelfalles zu beurteilen. Je höher das Ausmaß der Hilfslosigkeit ist, desto eher besteht die Notwendigkeit einer ständigen Bereitschaft zur Pflege. Wird zum Beispiel eine Krankenschwester notwendigerweise ganztägig eingestellt, weil sie zwar nur für gewisse Stunden des Tages pflegen, im übrigen aber wegen der besonderen Hilfsbedürftigkeit zur Wartung und Pflege jederzeit bereitstehen muß, ist die Gesamtheit ihrer Anwesenheit als pflegerische Tätigkeit anzusehen. Es ist unerheblich, ob sie während des Bereitstehens zur Pflege allgemeine hauswirtschaftliche Arbeiten verrichtet. Wird jedoch eine Hilfskraft zur Pflege und zur Führung des Haushaltes eingestellt und bezahlt, entfällt eine besonders zu vergütende Pflegebereitschaft, weil sie wegen der bezahlten Haushaltsführung bereits anwesend ist.

3. Zu weiteren Fragen hinsichtlich der Anwendung des § 35 Abs. 1 letzter Satz BVG nehme ich wie folgt Stellung:
- 3.1 Im Rahmen des § 35 Abs. 1 letzter Satz können nur die tatsächlich entstandenen Kosten berücksichtigt und in angemessenem Umfang ersetzt werden. Wird die Pflege gegen Entgelt ausgeübt, so liegt ein Arbeitsverhältnis vor. Die Kosten aus einem solchen Arbeitsverhältnis sind bis zur Höhe der ortsüblichen Aufwendungen für eine Hauspflegekraft zu berücksichtigen. Darüber hinaus vereinbarte Leistungen an die Pflegeperson müssen grundsätzlich außer Betracht bleiben. Dabei ist jedoch zu beachten, daß sich die Gewährung der höheren Pflegezulage nach § 35 Abs. 1 Sätze 2 bis 4 BVG neben dem außergewöhnlichen Pflegebedürfnis auch an den Aufwendungen für die erforderliche Pflege zu orientieren hat. Bei diesen Aufwendungen handelt es sich um die im Regelfall durchschnittlichen typischen Aufwendungen, bezogen auf den jeweiligen Zustand der Hilfslosigkeit. Bei Anwendung des § 35 Abs. 1 Satz 5 BVG kommt es auf die tatsächlichen und notwendigen, vom Regelfall abweichenden Aufwendungen an. Auszugehen ist deshalb von den Aufwendungen, die tatsächlich entstehen. Dann ist zu prüfen,

a) welcher Teil entfällt hiervon auf die notwendige reine Pflegetätigkeit einschließlich dem dieser Tätigkeit gleichzusetzenden Bereitstehen zur Pflege, und

b) welche Kosten sind hierfür ortsüblich.

Von anderen Werten als den ortsüblichen kann nicht ausgegangen werden, weil der Aufwendersatz nicht in pauschalierter Form gewährt wird. Hierfür empfehlen sich Anfragen an das Deutsche Rote Kreuz, den Caritas-Verband, das Sozialamt, die Arbeiterwohlfahrt oder ähnliche Einrichtungen.

Ebensowenig lassen sich generelle Maßstäbe für den Zeitaufwand aufstellen, der für die notwendige Wartung und Pflege erforderlich ist. Art und Umfang der gewöhnlichen und regelmäßig wiederkehrenden Verrichtungen im Ablauf des täglichen Lebens, für die der Beschädigte fremder Hilfe dauernd bedarf, bestimmen auch die Zeit, welche die Pflegekraft für die Pflege im konkreten Einzelfall tatsächlich aufzuwenden hat.

3.2 Die Vergütung für die pflegerische Tätigkeit wird in der Regel so hoch sein, daß dadurch eine Versicherungspflicht zur gesetzlichen Rentenversicherung begründet wird. Da die Versicherungsbeiträge einschließlich des Arbeitgeberanteils zu den Aufwendungen für fremde Wartung und Pflege im Sinne des § 35 Abs. 1 letzter Satz BVG rechnen, ist damit in den Fällen einer entgeltlich ausgeübten Pflege eine angemessene Altersvorsorge für diese Pflegepersonen gewährleistet.

3.3 Es ist nicht zulässig, im Rahmen der Ermessensentscheidung nach § 35 Abs. 1 letzter Satz BVG das Einkommen des Pflegebedürftigen zu berücksichtigen. Das ergibt sich aus der Aufwendersatzfunktion der Pflegezulage, die weder dem Grunde noch der Höhe nach von den Einkommensverhältnissen des Beschädigten abhängig ist.

Die Beihilfe zu den Aufwendungen für fremde Führung nach § 14 BVG darf auf die erhöhte Pflegezulage nach § 35 Abs. 1 letzter Satz BVG nicht angerechnet werden.

3.4 Ob und in welchem Umfang auch für die Dauer einer stationären Behandlung Erhöhungsbeiträge gewährt werden können, hängt davon ab, inwieweit für den Pflegezulageempfänger während dieser Zeit Kosten anfallen, die nach Lage des Einzelfalles zur Sicherstellung der Pflege im und nach dem Behandlungszeitraum erforderlich sind.

3.5 Wird der Beschädigte während des Ausfalls der Pflegeperson, zum Beispiel wegen Krankheit oder Kur, in einem Heim untergebracht, ohne daß die Voraussetzungen des § 35 Abs. 2 BVG für eine nicht nur vorübergehende Heimunterbringung vorliegen, sind die durch die Heimunterbringung entstehenden Kosten gleichfalls nach § 35 Abs. 1 Satz 5 BVG abzugelten. Zu ersetzen sind auch die notwendigen Fahrtkosten und Nebenkosten in sinngemäßer Anwendung des § 24 Abs. 1 Satz 1 BVG und der VV Nr. 1 Sätze 1 und 2 zu § 24 BVG. Von den Unterbringungskosten ist jedoch ein Betrag für Einsparungen im Haushalt abzuziehen. Die Höhe dieses Betrages ist aus § 4a der Beihilfeverordnung des Landes Nordrhein-Westfalen in der jeweils geltenden Fassung zu entnehmen.

Meinen RdErl. v. 8. 9. 1960 (SMBl. NW. 8300) hebe ich hiermit auf.

- MBl. NW. 1974 S. 393

913

Richtlinien für den Bestand von Straßenbäumen

RdErl. d. Ministers für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr v. 28. 1. 1974 - VI B 3 - 13-10 (8) - 11/74

Im Einvernehmen mit dem Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten gebe ich hiermit „Richtlinien für den Bestand von Straßenbäumen“ bekannt.

Ich bitte, diese Richtlinien bei freien Strecken von Bundesstraßen sowie bei Um- oder Ausbaumaßnahmen, für die eine Planfeststellung entbehrlich ist, anzuwenden. Wird für freie Strecken von Bundesstraßen ein Neubau bzw. Um- oder Ausbau in einem überschaubaren Zeitraum vorgesehen, so gelten diese Richtlinien nur für die unter den Nummern I bis IIIc der Anlage aufgeführten Fälle. Bei freien Strecken von Land- und Kreisstraßen empfehle ich, entsprechend zu verfahren.

Der beim Neubau bzw. Um- und Ausbau von Straßen erforderliche Regelabstand für Bepflanzungen ist in den Richtlinien für die Anlage von Landstraßen, Teil I: Querschnittsgestaltung (RAL-Q) festgelegt.

Anlage zum RdErl. d. Ministers
für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr
28. 1. 1974 - VI B 3 - 13-10 (8) - 11/74 -

Richtlinien für den Bestand von Straßenbäumen

Bäume an Straßen sind von Bedeutung für die Landschaft, das Kleinklima und unter Umständen auch für die optische Verkehrsführung. Sie sollten deswegen überall dort erhalten bleiben, wo eine Verkehrsgefährdung nicht gegeben ist.

1. Gründe für die Beseitigung von Straßenbäumen

In der Anlage sind die Fälle aufgeführt, in denen Bäume eine Verkehrsgefährdung darstellen oder darstellen können. Die dabei getroffenen Regelungen für Einzelbäume und Baumreihen sind wie folgt zu verstehen:

- Als Baumreihe im Sinne dieser Richtlinie gilt eine zusammenhängende Folge von mindestens 10 Bäumen; einzelne Lücken unterbrechen den Zusammenhang nicht. Anderenfalls wird von Einzelbäumen gesprochen.

1.1 Unmittelbare Verkehrsgefährdung

Eine unmittelbare Verkehrsgefährdung liegt dann vor, wenn Bäume den Verkehr offensichtlich so gefährden, daß eine sofortige Abhilfe notwendig ist (z. B. Stammriß durch Blitzschlag oder Sturm) - siehe Nr. I der Anlage -.

1.2 Kranke oder nicht standfeste Bäume

Die Entscheidung, ob ein Straßenbaum wegen Krankheit oder nicht ausreichender Standfestigkeit entfernt werden soll, ist aufgrund regelmäßiger Gesundheits- und Zustandsüberwachung von besonders geschulten Bediensteten zu treffen. Dabei ist es nicht erforderlich, daß die Aufgabe von Fachleuten mit Spezialkenntnissen übernommen wird. Das Überwachungspersonal muß jedoch solche Anweisungen erhalten, daß es die Überwachung sachgemäß vornehmen kann, um ggf. Fachuntersuchungen zu veranlassen. (Siehe Nr. IIa bis IIc der Anlage).

1.3 Bäume im Lichtraumprofil

Ragen Baumteile in den Lichtraum hinein, so sind die Bäume nur dann zu entfernen, wenn ein Freischneiden des Lichtraumes aus technischen Gründen nicht möglich und aus biologischen Gründen nicht ratsam ist. Die erforderliche lichte Höhe - unabhängig von der Fahrbahnquerneigung lotrecht gemessen - beträgt 4,50 m. Der lichte Raum wird nach den Seiten von einer Linie begrenzt, die 0,50 m vom Rand der für den Kfz-Verkehr bestimmten Fahrbahn einschließlich Randstreifen und Mehrzweckstreifen entfernt ist. Das Maß erhöht sich um 0,50 m bei:

- Straßen mit Quergefälle größer als 6% und Fahrbahnbreiten kleiner als 5,50 m,
- Radien kleiner als 130 m.

Auch bei Überschreitung des hier definierten Lichtraumprofils können Bäume eine Verkehrsgefährdung darstellen. Bei der Beurteilung ist im Rahmen von Baumschauen ein besonders strenger Maßstab anzulegen. (Siehe Nr. IIIa bis IVc der Anlage).

1.4 Bäume als Sichthindernis

Bäume, die die Haltesichtweite gemäß RAL-L wesentlich einschränken, sind zu beseitigen. Bei diesem Vorgehen verbleiben Baumreihen im lockeren Verband sowie einzelne Bäume, da die Sichtbehinderung als unwesentlich angesehen wird. (Siehe Nr. Va bis Vc der Anlage).

2. Bäume als Naturdenkmale, Bäume in Landschaftsschutzgebieten oder Naturschutzgebieten

Bei der Entscheidung über die Beteiligung der für den Landschaftsschutz bzw. Naturschutz zuständigen Behörden ist folgendes zu beachten:

Bei Straßenbäumen in Naturschutzgebieten und bei als Naturdenkmale geschützten Bäumen ist die zuständige höhere Naturschutzbehörde zu beteiligen.

Bei Straßenbäumen in Landschaftsschutzgebieten ist die zuständige untere Naturschutzbehörde zu beteiligen.

Richtlinien für den Bestand von Straßenbäumen an vorhandenen Straßen**Anlage**

	Grund für die Beseitigung	zu fällender Baumbestand	Unterrichtung oder Benachrichtigung zum Zwecke der Beteiligung anderer Behörden durch die Straßenbauverwaltung
I	Unmittelbare Verkehrsgefahr	Einzelbaum/Baumreihe	Nur bei Bäumen, die als Naturdenkmale geschützt sind oder in einem Naturschutz- oder Landschaftsschutzgebiet stehen, nachträgliche Unterrichtung der unteren Naturschutzbehörde
IIa	Kranke oder nicht standfeste Bäume	Einzelbaum	–
IIb		Baumreihe	Rechtzeitige Unterrichtung der unteren Naturschutzbehörde
IIc		Bäume als Naturdenkmale, Bäume in Landschaftsschutz- oder Naturschutzgebieten	Rechtzeitige Unterrichtung der Naturschutzbehörde (siehe Nr. 2 der Richtlinien) mit der Bitte um Zustimmung zur Beseitigung
IIIa	Hindernisse im Lichtraumprofil	Einzelbaum	–
IIIb		Baumreihe	Rechtzeitige Unterrichtung der unteren Naturschutzbehörde
IIIc		Bäume als Naturdenkmale, Bäume in Landschaftsschutz- oder Naturschutzgebieten	Rechtzeitige Unterrichtung der Naturschutzbehörde (siehe Nr. 2 der Richtlinien) mit der Bitte um Zustimmung zur Beseitigung
IVa	Bäume außerhalb des Lichtraumprofils (gem. Pkt. 1.3) bis zu einem Abstand von 4,50 m	Einzelbaum	Beteiligung in Form einer Baumschau: Untere Naturschutzbehörde, untere Straßenverkehrsbehörde, Polizei
IVb		Baumreihe	Beteiligung in Form einer Baumschau: Untere Naturschutzbehörde, untere Straßenverkehrsbehörde, Polizei
IVc		Bäume als Naturdenkmale, Bäume in Landschaftsschutz- oder Naturschutzgebieten	Beteiligung in Form einer Baumschau: Naturschutzbehörde (siehe Nr. 2 der Richtlinien), untere Straßenverkehrsbehörde, Polizei
Va	Bäume als Sichthindernis	Einzelbaum	–
Vb		Baumreihe	Beteiligung in Form einer Baumschau: Untere Naturschutzbehörde, untere Straßenverkehrsbehörde, Polizei
Vc		Bäume als Naturdenkmale, Bäume in Landschaftsschutz- oder Naturschutzgebieten	Beteiligung in Form einer Baumschau: Naturschutzbehörde (siehe Nr. 2 der Richtlinien), untere Straßenverkehrsbehörde, Polizei
VIa	Herabfallende und auf der Fahrbahn liegende Früchte	Einzelbaum	–
VIb		Baumreihe	Beteiligung in Form einer Baumschau: Untere Naturschutzbehörde, untere Straßenverkehrsbehörde, Polizei
VIc		Bäume als Naturdenkmale, Bäume in Landschaftsschutz- oder Naturschutzgebieten	Beteiligung in Form einer Baumschau: Naturschutzbehörde (siehe Nr. 2 der Richtlinien), untere Straßenverkehrsbehörde, Polizei

II.

**Minister für Bundesangelegenheiten
und Chef der Staatskanzlei****Verzeichnis der konsularischen Vertretungen
in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West),
Ausgabe 1974 und Verzeichnis der Vertretungen
der Bundesrepublik Deutschland im Ausland**

Bek. d. Ministers für Bundesangelegenheiten und Chefs der
Staatskanzlei v. 8. 3. 1974 - I B 5 - 496 - 1/55

Das Auswärtige Amt macht auf die nachstehend aufgeführten
neu erschienenen Verzeichnisse aufmerksam:

Verzeichnis der konsularischen Vertretungen in der Bundes-
republik Deutschland und Berlin (West), Ausgabe 1974
170 Seiten DIN A 5, Preis: 6.60 + Porto + Mehrwertsteuer

Verzeichnis der Vertretungen der Bundesrepublik Deutsch-
land im Ausland
76 Seiten DIN A 5, Preis: 5.- + Porto + Mehrwertsteuer.

Die Verzeichnisse können über den VWV Verlag für Wirt-
schaft und Verwaltung GmbH, 6 Frankfurt/Main 90, Franz-
Rücker-Allee 14, bezogen werden.

- MBl. NW. 1974 S. 396.

Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales**Kriegsfolgenhilfe****Verrechnung von Aufwendungen
der Nichtseßhaftenfürsorge
in der nichtpauschaliereten Kriegsfolgenhilfe
Haushaltsjahr 1974**

RdErl. d. Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales
vom 27. 2. 1974 - IV A 1 - 5125.4

Für das Haushaltsjahr 1974 können ohne Nachweis der
Zugewanderteneigenschaft im Einzelfall 0,68 v. H. der Ge-
samtaufwendungen der Nichtseßhaftenfürsorge als Aufwen-
dungen für zugewanderte Nichtseßhafte zu 80 v. H. im Rah-
men der Kriegsfolgenhilfe verrechnet werden (§§ 1 Abs. 1 Nr.
3, 2. Halbsatz, 7 ff., 21 Abs. 2 des Ersten Überleitungsgesetzes
in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. April 1955 -
BGBl. I S. 193 -).

- MBl. NW. 1974 S. 396

Jahreskrankenhausprogramm 1974 des Landes Nordrhein-Westfalen

RdErl. d. Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales v. 5. 3. 1974 - V B 1 - 5704.2

Nach § 6 Abs. 1 und 3 des Krankenhausfinanzierungsgesetzes des Bundes vom 29. Juni 1972 (BGBl. I S. 1009) wird für das Jahr 1974 folgendes Krankenhausprogramm aufgestellt und veröffentlicht:

- | | | |
|---|----------------|-------------|
| 1. Für die Weiterfinanzierung von 119 bereits in früheren Jahren begonnener Baumaßnahmen sind vorgesehen | | 372 Mio DM. |
| Davon entfallen | | |
| auf 18 Baumaßnahmen kommunaler Krankenhäuser | 91 Mio DM, | |
| auf 84 Baumaßnahmen freier gemeinnütziger Krankenhäuser | 259 Mio DM, | |
| auf 17 Baumaßnahmen der Landschaftsverbände | 22 Mio DM. | |
| 2. Für die Förderung folgender 18 Bauvorhaben mit Gesamtkosten von | 247 384 554 DM | |
| sind zur Anfinanzierung vorgesehen | | 52 Mio DM. |

lfd. Nr.	Krankenhaus	Baumaßnahme	Gesamtkosten DM	Vorauss. Jahresrate DM
Reg.-Bez. Arnsberg				
1	Ev. Krankenhaus Bethesda Freudenberg	Neubau eines Bettenhauses	7 414 600	2 000 000
2	St. Johannes-Hospital Dortmund	Neubau der Küche	8 184 000	2 000 000
3	St. Josef-Hospital Hagen	Um- und Erweiterungsbau	25 102 000	4 000 000
4	Städt. Krankenhaus Attendorn	Neubau (322 Betten)	40 284 000	3 000 000
Reg.-Bez. Detmold				
5	St. Nikolai-Krankenhaus Höxter	Neubau	48 670 000	5 000 000
6	Kinderkrankenhaus Bethel	Neubau	17 300 000	4 000 000
7	Diabetes-Klinik Bad Oeynhausen	Erweiterung um Abt. für Kinder und Jugendliche	8 000 000	3 000 000
Reg.-Bez. Düsseldorf				
8	St. Josef-Hospital Oberhausen	Neubau des Nordflügels	7 000 000	3 000 000
9	Stiftung Tannenhof Remscheid-Lüttringhausen	Neubau Haus 1	11 848 000	3 000 000
10	St. Josefs-Hospital Xanten	Umbau und Erweiterung	2 000 000	1 000 000
Reg.-Bez. Köln				
11	Eduardus-Krankenhaus Köln-Deutz	Behandlungstrakt einschließlich Intensivpflege	10 700 000	3 000 000
Reg.-Bez. Münster				
12	Krankenhaus Maria-Hilf Stadtlohn	II. BA	7 393 000	3 000 000
13	Marien-Krankenhaus Gelsenkirchen-Ueckendorf	Zentralwäscherei	8 000 000	4 000 000
14	St. Laurentius-Stift Waltrop	Um- und Erweiterungsmaßnahme	20 358 000	5 000 000
Landschaftsverband Rheinland				
15	Landeskrankenhaus (LKH) Bedburg-Hau	Neubau eines Bettenhauses (160 Betten)	5 532 540	1 000 000
16	Rheinisches LKH Düsseldorf	Neubau von 2 Bettenhäusern (mit je 160 Betten)	11 065 080	2 000 000
Landschaftsverband Westfalen-Lippe				
17	LKH Eickelborn	Neubau eines Standard-Bettenhauses mit 140 Betten	4 266 667	2 000 000
18	LKH Haldem	Neubau von 2 Standard-Bettenhäusern mit je 70 Betten	4 266 667	2 000 000

3. Als Sonderprogramm für Intensivpflege- und Dialyseeinrichtungen sowie besonders dringende Überbrückungs- und Notmaßnahmen sind zur Vollfinanzierung im Jahr 1974 für die folgenden Maßnahmen vorgesehen: 23902382 DM.

lfd. Nr.	Krankenhaus	Maßnahme	Gesamtkosten DM
RP Arnsberg			
1	Ev. Krankenhaus Hattingen	Intensivpflegestation	1450000
RP Detmold			
2	Zweckverbandskrankenhaus Minden (Schinkelbau)	Behandlungseinrichtung	2800000
3	Kreiskrankenhaus Detmold	Einrichtung einer intern. Intensivpflegegruppe	2106540
4	St. Johannes-Stift Paderborn	Intensivpflegestation	927000
5	Ev. Johannes-Stift Bielefeld	Intensivpflege beim Langzeitkrankenhaus	1295542
6	Stadt- und Kreiskrankenhaus Minden	Dialysestation	900000
Reg.-Bez. Düsseldorf			
7	Städt. Krankenanstalten Wuppertal	Umbau der Augenklinik	1700000
8	Städt. Krankenanstalten Neuß	Neubau Bereitschaftsdienstgebäude	383500
9	Städt. Krankenanstalten Neuß	Einrichtung für Intensivpflege	100000
10	Augusta-Krankenhaus Düsseldorf-Rath	Intensivpflegeeinrichtung	30000
11	Krankenhaus Huyssenstift Essen	Einrichtung für Intensivpflege	350000
12	St. Josef-Krankenhaus Essen-Werden	Einrichtung für Intensivpflege	180000
13	Wilh.-Anton-Hospital Goch	Einrichtung für Intensivpflege	300800
14	Marien-Hospital Hückeswagen	Einrichtung für Intensivpflege	78000
15	Krankenhaus Maria-Hilf Krefeld	Einrichtung für Intensivpflege	273000
16	St. Petrus-Krankenhaus Wuppertal	Einrichtung für Intensivpflege	391000
17	Marien-Krankenhaus Duisburg-Hochfeld	Dialyseabteilung	2500000
RP Köln			
18	Dreikönigen-Hospital Köln-Mülheim	bauliche Sanierung einschließlich Intensivpflege	2054000
19	Städt. Krankenhaus Zülpich	Neubau des OP-Raumes	1500000
20	Eduardus-Krankenhaus Köln-Deutz	Intensivpflegestation	400000
RP Münster			
21	St. Vinzenz-Hospital Coesfeld	Teilmaßnahme II. BA	2596000
22	Ev. Krankenhaus Lengerich	Intensivpflegeeinrichtung	80000
23	Bodenschwingh'sches Krankenhaus Ibbenbüren	Einrichtung Intensivpflege	50000
24	Krankenhaus GmbH Burgsteinfurt	Einrichtung für Intensivpflege	67000
25	Krankenhaus der Missionsschwestern Hilstrup	Intensivpflegestation	390000
26	Knappschaftskrankenhaus Bottrop	Hochvolt-Therapie	1000000
Insgesamt:			23902382

Diese Bekanntmachung ist keine Genehmigung zum Baubeginn für die in Nr. 2 und 3 genannten Maßnahmen. Die Genehmigung wird in jedem Einzelfall erst durch besonderen Bescheid erteilt.

4. Der Bedarf an Finanzierungsmitteln für die Wiederbeschaffung beträgt:

Für mittelfristige Anlagegüter nach § 9 Abs. 3 und 4 KHG
für kurzfristige Anlagegüter nach § 10 KHG

51679218 DM und
249000000 DM.

5. Für den Fall, daß der Eventualhaushalt gem. § 1 Abs. 3 des Haushaltsgesetzes NW freigegeben wird, ist beabsichtigt, weitere Krankenhausbaumaßnahmen in das Jahreskrankenhausbauprogramm einzubeziehen. Darüber erfolgt zu gegebener Zeit eine weitere Bekanntmachung.

Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr**Genehmigung zur Erweiterung und Änderung
der Anlage und des Betriebes
des Verkehrsflughafens Düsseldorf**

Bek. d. Ministers für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr
des Landes Nordrhein-Westfalen
v. 1. 3. 1974 – V/A 2 – 31 – 21/3 DL

Mit Urkunde vom 4. Januar 1974 ist der Flughafen Düsseldorf GmbH gemäß § 6 Abs. 4 des Luftverkehrsgesetzes die Genehmigung zur Erweiterung und Änderung der Anlage und des Betriebes des Verkehrsflughafens Düsseldorf erteilt worden. Die Genehmigung wird hiermit gemäß § 42 Abs. 4 der Luftverkehrs-Zulassungsordnung bekanntgemacht:

1. Die Start- und Landebahn 16/34 wird um 180 m nach Nordwesten verlängert. Die Schwelle 16 verbleibt in ihrer jetzigen Lage auf Punkt 1 450 m.
Richtung und Länge der Start- und Landebahn:
a) Richtung: 153°/333° rechtweisend
b) Länge: 1630 m
Richtung: 153°
Start: 1450 m
Landung: 1270 m
Richtung: 333°
Start: 1450 m
Landung: 1450 m
2. Die bereits bestehenden Betriebsbeschränkungen für die Start- und Landebahn 16/34 bleiben unberührt.
3. Es wird keine Planfeststellung durchgeführt.

– MBl. NW. 1974 S. 399.

Ministerpräsident**Verleihung des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland**

Der Herr Bundespräsident hat nachstehenden, im Lande Nordrhein-Westfalen wohnhaften Personen den Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland verliehen:

	Verleihungsdatum
A. Großkreuz	
Dr. Theodor Sonnemann, Staatssekretär a. D., Bonn-Beuel	16. 11. 1973
B. Großes Verdienstkreuz mit Stern und Schulterband	
Dr. theol. D. h. c. Franz Hengsbach, Bischof von Essen und Militärbischof, Essen	9. 4. 1973
C. Großes Verdienstkreuz mit Stern	
Theodor Burauen, ehem. Geschäftsführer, Köln	13. 11. 1973
Dr. Hans-Helmut Kuhnke, Generaldirektor, Hattingen/Ruhr	13. 11. 1973
D. Großes Verdienstkreuz	
Dr.-Ing. Dr.-Ing. E. h. Heribert Barking MdL, Bergassessor a. D., Bergwerksdirektor, Walsum	3. 7. 1973
August Berlin, Geschäftsführer, Lemgo	26. 6. 1973
Helmut Bieber, Generalmajor, Bonn-Bad Godesberg	6. 11. 1973
Beate Bremme, Hausfrau, Wuppertal-Barmen	6. 7. 1973
Dr. Karl Bringmann, Verleger, Düsseldorf	3. 7. 1973
Wolfgang Büsselberg, Bankdirektor, Düsseldorf	19. 9. 1973
Dr. Alois Degen, Präsident des Landesarbeitsamtes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf	6. 7. 1973
Prof. Dr. Dr. h. c. Karl Gustav Fellerer, Professor, Köln	13. 6. 1973
Dr. Erwin Freitag, Präsident des Landesversorgungsamtes Nordrhein-Westfalen, Münster-/Westf.	18. 6. 1973
Dr. Bruno Gerlitz, 1. Direktor der Landesversicherungsanstalt Rheinprovinz, Hochdahl	19. 9. 1973
Dr. Dr. Helmut Hochstetter, Pfarrer, Bergisch Gladbach	3. 7. 1973
Alphons Horten, Fabrikant, Bonn-Bad Godesberg	4. 6. 1973
Hans Jacoby, Brigadegeneral a. D., Bonn-Röttgen	6. 11. 1973
Heinrich Klosterkemper, Ministerialdirigent a. D., Düsseldorf	13. 6. 1973
Dr.-Ing. E. h. Hans-Werner Koenig, Direktor, Essen	29. 8. 1973

Verleihungsdatum

Dipl.-Ing. Dr. Heinrich Kolbenschlag, Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks, Bonn	18. 6. 1973
Dipl.-Ing. Prof. Friedrich Krefter, Oberbaurat a. D., Bad Honnef-Rhöndorf	8. 10. 1973
Werner Kroener, Ministerialdirektor, Bonn-Venusberg	6. 11. 1973
Heinrich Kühnle, Vizeadmiral, Bonn-Venusberg	6. 11. 1973
Günther Rall, Generalleutnant, Bonn	6. 11. 1973
Dr.-Ing. Walter Reiners, Fabrikant, Mönchengladbach	29. 8. 1973
Prof. Dr. med. Heinrich Reploh, Professor em., Münster/Westf.	29. 8. 1973
Prof. Dr. Helmut Schelsky, o. Professor, Münster/Westf.-St. Mauritz	26. 7. 1973
Hansgeorg Schiffers, Ministerialdirektor a. D., Bonn-Bad Godesberg	30. 7. 1973
Dipl.-Ing. Rudolf Unger, Ministerialdirigent, Düsseldorf	29. 8. 1973
Armin Zimmermann, Admiral, Bonn-Duisdorf	6. 11. 1973

E. Verdienstkreuz 1. Klasse

Dr.-Ing. Walter Bellingrodt, Bergassessor a. D., Bergwerksdirektor, Alsdorf-Hoengen	29. 8. 1973
Dipl.-Ing. Dr.-Ing. Justinus Bendermacher, Architekt, Neuss	29. 8. 1973
Dr. Gerhard Bergmann, Pfarrer, Halver	3. 7. 1973
Gustav Bitter, Kaufmann, Bielefeld	13. 6. 1973
August Böhling, Landwirt, Kleve-Salmorth	19. 9. 1973
Dr. Hermann Brinkmann, Oberstudienrat a. e. b. Sch. a. D., Leer/Kr. Steinfurt	29. 8. 1973
Dr. Bernhard Brück, Pfarrer, Willich-Schiefbahn	19. 9. 1973
Dipl.-Landw. Hans Burchardi, ehem. Hauptgeschäftsführer, Bonn	28. 3. 1973
Dipl.-Ing. Albert Coenders, Präsident des Landesoberbergamtes Nordrhein-Westfalen, Dortmund	19. 9. 1973
Prof. Dr. Hermann Diehl, Leitender Ministerialrat, Düsseldorf	29. 8. 1973
Wilhelm Diekmann, Bauingenieur, Dachdeckermeister, Wanne-Eickel	6. 7. 1973
Dr. Albert Donnep, Direktor des Bildungswerkes der Stadt Marl, Marl	29. 8. 1973
Kurt Edelhagen, Komponist, Junkersdorf	26. 6. 1973
Hans Elste, Leitender Regierungsdirektor a. D., Düsseldorf	29. 8. 1973
Erich Gelhausen, Straßenbauermeister, Kierspe	29. 8. 1973
Hildegard Gethmann, Rechtsanwältin und Notarin, Dortmund	19. 9. 1973
Walter Grabowsky, Rentner, Gelsenkirchen-Buer	19. 9. 1973
Dr. Adolf Graf, Staatssekretär, Erkrath-Unterbach	19. 9. 1973
Alfons Grajek, Bezirksstadtrat a. D., Bensberg-Refrath	26. 7. 1973
Dr. Helmut Grossmann, Ministerialdirigent, Neuss	19. 9. 1973
Dipl.-Ing. Dr.-Ing. Kurt Gruber, ehem. Vorstandsmitglied, Mönchengladbach	29. 8. 1973
Theodor Grude, Dreher, Gelsenkirchen	29. 8. 1973
Thyra Hamann-Hartmann, Webmeisterin, Fachhochschullehrerin, Hoberge-Uerentrup	6. 7. 1973
Heinz Harnisch, Bergassessor a. D., Bergwerksdirektor, Dortmund	19. 9. 1973
Dr. Josef Haupt, Fachhochschullehrer a. D., Paderborn	18. 6. 1973
Franz Hausen, ehem. Hauptgeschäftsführer, Detmold	26. 7. 1973
Hansheinz Hauser MdB, Bäckermeister, Krefeld	26. 7. 1973
Dr. Heinrich Haverkamp, Abteilungsdirektor, Düsseldorf	29. 8. 1973
Karl-Heinz Hawner, Bergassessor a. D., techn. Vorstandsmitglied, Recklinghausen	29. 8. 1973
Dr. Werner Heimsoeth, Chemiker, Bergisch Neukirchen	19. 9. 1973
Prof. Dr. Ludwig Hempel, o. Professor, Münster/Westf.	29. 8. 1973
Josef Hermkes, Oberregierungsrat a. D., Bonn	3. 7. 1973
Günter Hochgartz, Kaufmann, Bocholt	29. 8. 1973
Matthias Hoeren, Landwirt, Korschenbroich	13. 6. 1973
Alfred Hufeld, Oberstadtdirektor, Wanne-Eickel	25. 5. 1973
Dr. Paul Kaiser, Ministerialrat, Wuppertal	18. 6. 1973

	Verleihungsdatum
Paul Kieras, Oberkreisdirektor, Siegburg	29. 8. 1973
Ferdinand Kortmann, Bauunternehmer, Nordkirchen	29. 8. 1973
Dipl.-Ing. Prof. Dr.-Ing. Erwin Krause, ehem. Geschäftsführer, Bonn-Röttgen	19. 9. 1973
Hans Krause, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied, Bonn	26. 7. 1973
Gerhard Küstermann, Superintendent i. R., Unna	19. 9. 1973
Egon Lampersbach MdB, Kaufmann, Unna	4. 6. 1973
Dr. Friedrich Wilhelm Lehmann, Legationsrat a. D., Krefeld	26. 7. 1973
Willi Lindlar, Rektor, Hennef/Sieg	26. 7. 1973
Hans Litterscheid, Prokurist, Langenfeld	19. 9. 1973
Dr. Bernhard März, Direktor, Dortmund-Wellinghofen	3. 7. 1973
Kurt Matthes, Geschäftsführer, Wuppertal-Elberfeld	3. 8. 1973
Dr. Anton Hans Meyer, ehem. Hauptschriftleiter, Lippstadt	26. 7. 1973
Klaus Meyer-Schwickerath, Erster Landesrat, Münster/Westf.-St. Mauritz	19. 9. 1973
Dipl.-Ing. Dr. h. c. Walter Morawek, Fabrikant, Krefeld	18. 6. 1973
Josef Müller, Realschullehrer, Eschweiler	4. 6. 1973
Kurt-Gisbert Müller vom Hagen, Fabrikant, Otzenrath	29. 8. 1973
Paul Arnold Nelles, Staatssekretär, Bochum	13. 6. 1973
Curt Noël, Leitender Direktor, Homberg/Ndrh.	19. 9. 1973
Robert Nowak, Ministerialrat a. D., Düsseldorf	29. 8. 1973
Dr. Horst Osterholt, Hauptgeschäftsführer, Arnsberg	6. 7. 1973
Wilderich Freiherr Ostman von der Leye MdB, Verleger, Bonn	3. 8. 1973
Dr. Hermann Pardun, Lebensmittelchemiker, Kleve	6. 7. 1973
Herbert Pattberg, Kaufmann, Krefeld	3. 7. 1973
Konsul Herbert Pavel, Fabrikant, Aachen	26. 7. 1973
Dr. Johannes Peter Porschen, Arzt, Düsseldorf	26. 6. 1973
Dr. Wilhelm Renius, Geschäftsführer, Lippstadt	3. 7. 1973
Dipl.-Volksw. Hermann Josef Russe MdB, Vorstandsmitglied, Recklinghausen	13. 6. 1973
Emil Solke MdB, Landwirt, Bedburg-Hau	13. 6. 1973
Dr. Karl-Heinz Spielmann, ehem. Generaldirektor, Dortmund	3. 7. 1973
Dr. Josef Schepers, Museumsdirektor, Münster/Westf.	19. 9. 1973
Dr. Ferdinand Schmidt, Wirtschaftsprüfer, Bonn-Bad Godesberg	18. 6. 1973
Dr. Karl Schmidt, ehem. Geschäftsführer, Bonn-Beuel	26. 6. 1973
Adolf Schmitt, Gartenbauingenieur grad., Köln	26. 7. 1973
Dr. Ewald Schon, Ministerialdirigent, Düsseldorf	19. 9. 1973
Friedrich Schonhofen MdB, ehem. Geschäftsführer, Minden	3. 8. 1973
Prof. Dr. Karl Stephan Helmut Schrey, Professor, Duisburg-Huckingen	19. 9. 1973
Bernhard Schulte, Direktor der Landvolkhochschule, Freckenhorst	29. 8. 1973
Karlheinz Schwark, stellvertretender Vorsitzender der Gewerkschaft Holz und Kunststoff, Kaarst	29. 8. 1973
Alfons Schwarz, Staatssekretär, Mainz (früher Aachen)	17. 5. 1973
Dr. Hans-Otto Schwarz, Hauptgeschäftsführer, Siegen	18. 6. 1973
Hans Steger, kaufm. Angestellter, Bonn-Beuel	18. 6. 1973
Fritz Stiebitz, Oberschulrat bei der Direktion der Bereitschaftspolizei Nordrhein-Westfalen, Albachten Bez. Münster/Westf.	29. 8. 1973
Anton Stirnberg, Leitender Landwirtschaftsdirektor, Münster/Westf.	29. 8. 1973
Dr. Erich Stollfuß, Verleger, Bonn	19. 9. 1973
Maria Stommel MdB, Hausfrau, Leverkusen	13. 6. 1973
Gustav Streich, Rentner, Essen	2. 5. 1973
Dr. Gunther Tilse, ehem. Brauereidirektor, Dortmund	6. 7. 1973
Albert Tönjes MdB, techn. Bundesbahnmann a. D., Rheine/Westf.	3. 8. 1973
Dr. Otto-Karl Trahms, Ministerialrat, Düsseldorf	18. 6. 1973
Dr. Karl Vellguth, Vorstandsmitglied, Düsseldorf	3. 7. 1973
Günter Volmer MdB, Chemie-Ingenieur grad., Gelsenkirchen	29. 8. 1973

	Verleihungsdatum
Prof. Dr. Otto Walter, Arzt, Raumland	26. 7. 1973
August Wehebrink, Oberstudiendirektor a. D., Lübbecke-Gehlenbeck	3. 7. 1973
Dr. Erwin Wehmeier, Geschäftsführender Präsident, Münster/Westf.	29. 8. 1973
Herbert Wolff, Rechtsanwalt und Notar, Herford	18. 6. 1973
Dr. Hans Ludwig Zankl, Direktor, Köln	3. 7. 1973
Richard Zayc, Präsident der Landesanstalt für Gewässerkunde und Gewässerschutz Nordrhein-Westfalen, Lintorf	3. 7. 1973
F. Verdienstkreuz am Bande	
Wilhelm Althoff, Gewerkschaftssekretär, Lübbecke-Blasheim	27. 8. 1973
Helmut Antoni, Handelsvertreter, Velbert	27. 9. 1973
Robert Auchter, Oberingenieur, Burbach-Würgendorf	17. 10. 1973
Helmut Bach, Rektor, Düsseldorf	12. 9. 1973
Elisabeth Katharina Backhaus, ehem. Sozialarbeiterin, Bonn	12. 9. 1973
Heinrich Banneyer, Landwirt, Essentho/Krs. Büren	30. 7. 1973
Bruno Becker, ehem. Verwaltungsangestellter, Dahlerau	28. 8. 1973
Johannes Florian Bembenek, Regierungsamtmann, Kempen	4. 6. 1973
Hermann Bens, Pensionär, Bergisch Gladbach	5. 9. 1973
Egon Berchter, kaufm. Angestellter, Oberhausen/Rhld.	12. 9. 1973
Edmund Bercker, Unternehmer, Kevelaer	5. 9. 1973
Friedrich Berner, Rentner, Frotheim	5. 9. 1973
Anton Beul, Oberregierungsrat, Köln	27. 8. 1973
Anton Beusch, techn. Angestellter, Tönisvorst	27. 9. 1973
Lambert Beyen, Chemiewerker, Zons-Stürzelberg	30. 3. 1973
Helmut Blasberg, Leitender Regierungsbaudirektor a. D., Erkrath-Unterbach	16. 11. 1973
August Bökenbrink, Rentner, Senne	28. 8. 1973
Bruno Bolzenkötter, Obermeister, Velbert	27. 9. 1973
Paul Bommers, Landwirt, Meerbusch	27. 8. 1973
Karl-Heinz Bona, Postoberinspektor, Remscheid-Lennep	25. 10. 1973
Wilhelm Bonnmann, Rentner, Duisburg-Hüttenheim	27. 9. 1973
Leo Bontenackels, Rentner, Nettetal	12. 9. 1973
Friedrich Wilhelm Borcharding, Landwirt, Wehe	28. 8. 1973
Robert Bracksiek, Rentner, Bielefeld-Milse	5. 9. 1973
Johann-Michael Hubert Brand, Verwaltungsarbeiter, Düsseldorf	27. 9. 1973
Hermann Brauckhoff, ehem. Verwaltungsangestellter, Recklinghausen	27. 9. 1973
Fritz Breer, Kupferschmied, Lichtendorf/Krs. Iserlohn	28. 8. 1973
Gustav Brennemann, Dreher, Bielefeld-Jöllenbeck	28. 8. 1973
Arnold Breuer, Gemeindedirektor a. D., Titz	4. 6. 1973
Johann Bringsken, Rentner, Rumeln-Kaldenhausen	27. 8. 1973
Wilhelm Brinkmann, Prokurist, Hohenlimburg	26. 7. 1973
Wilhelm Brömmelmeier, Oberstudiendirektor a. D., Bünde-Fahren- kamp	27. 8. 1973
Josef Brooren, Obermeister der Schutzpolizei a. D., Willich-Neersen	5. 9. 1973
Betty Brosius, Krankenschwester, Opladen	27. 8. 1973
Dr. Wolfgang Brüggemann MdL, o. Professor, Bochum	27. 8. 1973
Walter Brunemeier, Rentner, Bielefeld-Brackwede	27. 9. 1973
Fritz Brus, Schriftsetzer, Velbert	27. 9. 1973
Karl-Friedrich Buchholz, Fabrikant, Remscheid	12. 9. 1973
Konrad Büschgens, Landwirt, Erkelenz-Kückhoven	26. 7. 1973
Hermann von der Burg, Abteilungsleiter, Duisburg	28. 3. 1973
Heinrich Burhorn, Werkmeister, Bielefeld-Kirchdornberg	27. 9. 1973
Günther Christ, Regierungsdirektor, Düsseldorf	5. 9. 1973
Heinrich Coenen, Notariatsangestellter, Remscheid	12. 9. 1973
Wilhelm Commandeur, Sparkassenangestellter, Hochneukirch	27. 8. 1973
Irene Contzen, Hausfrau, Siegen	27. 8. 1973

	Verleihungsdatum
Heinz Cremer, Werkmeister, Erftstadt-Kierdorf	26. 7. 1973
Helmut Deichsel, Oberheizer, Euskirchen-Stotzheim	27. 9. 1973
Theodor Derendorf, Kaufmann, Zons	26. 7. 1973
Heinz Ludwig Otto Dietz, Regierungsoberamtsrat, Osterath	27. 9. 1973
Paul Dohnke, Oberregierungsrat, Köln	27. 9. 1973
Emma Drumm, Hausfrau, Kettwig	30. 7. 1973
Dr. Elmar Dünschede, Oberkreisdirektor a. D., Trier (früher Düren)	5. 9. 1973
Hildegard Dumke, Hausfrau, Solingen-Ohligs	27. 9. 1973
Heinrich Eichhoff, Bildhauer, Neuss	27. 9. 1973
Heinrich Eickelmann, Kaufmann, Ibbenbüren	27. 9. 1973
Alfred Eisemuth, Bergbauarbeiter, Gustorf	27. 9. 1973
Heinz Ferschoth, Kaufmann, Viersen-Dülken	12. 9. 1973
Ernst Fettweis, Postoberamtsmann, Ratingen	28. 8. 1973
Dipl.-Ing. Heinz Firmenich, Regierungsbaudirektor a. D., Rodenkirchen	30. 7. 1973
Robert Flechsig, Rentner, Remscheid	27. 9. 1973
Gottfried Flierl, Rentner, Rheinhausen	5. 9. 1973
Heinz Förster, Stadtdirektor, Bockum-Hövel	26. 7. 1973
August Gehrke, Kaufmann, Leichlingen	27. 8. 1973
Jakob Gellings, ehem. Bergmann, Sonsbeck	17. 10. 1973
Otto Gemmeke, Landwirt, Marienmünster	25. 10. 1973
Paul Gendrisch, Angestellter, Brüggen	27. 8. 1973
Heinrich Gockel, Zimmermeister, Haaren	2. 5. 1973
Wilhelm Gottenströter, Werkzeugdreher, Bielefeld	30. 7. 1973
Eduard Albert Habermann, techn. Angestellter, Salzkotten	27. 8. 1973
Richard Hanke, Rentner, Berghausen/Krs. Wittgenstein	27. 9. 1973
Johannes Heeger, Kaufmann, Nettetal-Lobberich	17. 10. 1973
Eugen Heep, Angestellter, Solingen	30. 7. 1973
Ludwig Heger, Steueramtsmann a. D., Detmold	27. 9. 1973
Herbert Heidtmann, Oberstudiendirektor, Bergneustadt	17. 10. 1973
Hans Helbing, Angestellter, Gelsenkirchen-Horst	12. 9. 1973
Ernst Henke, Malermeister, Wuppertal	27. 8. 1973
Josef Hermanek, Kaufmann, Köln	29. 8. 1973
Heinrich Heup, techn. Zeichner, Stolberg/Rhld.	27. 9. 1973
Karl Heuvers, Rektor a. D., Borken	5. 9. 1973
Prof. Dr. Bruno Hille, Dipl.-Ing., Aachen	5. 9. 1973
Ewald Hochhard, Rentner, Freudenberg	27. 8. 1973
Heinrich Holtschneider, Rentmeister, Kalkum	27. 9. 1973
Willi Ibing, Kaufmann, Meerbusch-Büderich	27. 9. 1973
Paul Illerich, Regierungsangestellter, Oberhausen	28. 8. 1973
Conrad Jacob, Zahnarzt, Bonn	17. 10. 1973
Barthel Jansen, Oberkreisdirektor a. D., Erkelenz	5. 9. 1973
Dipl.-Ing. Wilhelm Jensen, Oberbaudirektor a. D., Architekt, Düsseldorf	25. 10. 1973
Dipl.-Ing. Hans Joeres, Ministerialrat a. D., Kleinenbroich	5. 9. 1973
Eugen Jung, Stadtoberverwaltungsrat a. D., Bergneustadt	25. 10. 1973
Dipl.-Chem. Dr. Hermann Jung, Viersen	17. 10. 1973
Karl Kahlhöfer, Geschäftsführer, Remscheid	27. 9. 1973
Wilhelm Kamphaus, Bäckermeister, Mülheim a. d. Ruhr	27. 8. 1973
Walter Georg Kane, Geschäftsführer, Erftstadt	30. 7. 1973
Konrad Karsch, Oberregierungsrat, Düsseldorf	27. 9. 1973
Erich Kaspari, Bundesbahnhauptsekretär, Schmallebenberg	17. 10. 1973
Richard Kasper MdL, Gewerkschaftssekretär, Quadraith-Ichendorf	27. 8. 1973
Kurt Keller, Werkmeister, Mettmann	30. 7. 1973
Paul Kindler, techn. Bundesbahnoberamtsrat a. D., Münster/Westf.-St. Mauritz	7. 1. 1974
Willy Kirdorf, Schiffahrtssachverständiger, Duisburg	28. 8. 1973

	Verleihungsdatum
Christian Klein, Rektor, Hürth-Hermülheim	7. 3. 1973
Ulrich Kleiner, Ministerialdirigent, Düsseldorf	26. 7. 1973
Kurt Kleinicke, Regierungsbaudirektor a. D., Köln	16. 11. 1973
Dr. Wilhelm Klugmann, Arzt, Wuppertal	27. 9. 1973
Emil Klusmeier, Kaufmann, Bochum	12. 9. 1973
Heinz Kneisel, Kranfahrer, Hüttental-Geisweid	30. 8. 1973
Wolfgang Kögl, Ingenieur, Düsseldorf	27. 9. 1973
Kurt Kolbe, Schlosser, Preußisch Oldendorf	27. 8. 1973
Peter Köllen, Rentner, Brüggen	12. 9. 1973
Wilhelm Koring, Landwirt, Schröttinghausen/Krs. Lübbecke	27. 8. 1973
Adele Korn, Oberin, Düsseldorf	16. 11. 1973
Leopold Körsgen, Oberregierungsrat, Lövenich	17. 10. 1973
Paul Kottsieper, Rentner, Remscheid-Lüttringhausen	12. 9. 1973
Fritz Krah, Rentner, Minden-Aminghausen	17. 10. 1973
Erich Kreckel, Bauunternehmer, Radevormwald	26. 7. 1973
Franz Josef Krehwinkel, Maler- u. Lackierermeister, Aachen	17. 10. 1973
August Kreiling, Bauunternehmer, Detmold	27. 9. 1973
Erich Krome, Hafendirektor, Wanne-Eickel	17. 10. 1973
Achim Kruschke, ehem. Verwaltungsangestellter, Brüggen	25. 5. 1973
Edith Ksienzyk, Heimleiterin, Düsseldorf	27. 8. 1973
Gerhard Ksienzyk, Heimleiter, Düsseldorf	27. 8. 1973
Willy Kube, Angestellter, Bonn	30. 8. 1973
Prof. Dr. Wilhelm von Kürten, o. Professor, Schwelm	27. 8. 1973
Dr. Hans Küsel, Angestellter, Unna	27. 8. 1973
Peter Kurth, Rentner, Stolberg	26. 7. 1973
Karl Labonte, Gewerkschaftssekretär, Remscheid	27. 9. 1973
Albert Langwieler, Rentner, Wuppertal	5. 9. 1973
Rudolf Leeb, Pensionär, Bonn	30. 8. 1973
Max Lehmann, Städt. Oberamtsrat, Münster/Westf.	16. 11. 1973
Wilhelm Leiwen, Orthopädienschuhmachermeister, Essen	17. 10. 1973
Maria Lennartz, Kauffrau, Süchteln	26. 7. 1973
Dipl.-Ing. Dr. Karl Linden, Remscheid	27. 9. 1973
Wilhelm Lippert, Konrektor a. D., Bad Driburg	27. 8. 1973
Bernhard Lücke, Maschineninspektor, Wanne-Eickel	25. 10. 1973
Dipl.-Ing. Theodor Lützel, Landwirt, Köln	17. 10. 1973
Heinrich Malkus, Rentner, Altena	9. 4. 1973
Walter Matthes, Dreher, Garenfeld/Krs. Iserlohn	28. 8. 1973
Werner Mause, Diözesansekretär, Köln	27. 9. 1973
Heinrich Menne, Polsterermeister, Altenbeken	27. 9. 1973
Meinolf Mertens MdL, Landwirt, Endorf	27. 8. 1973
Wilhelm Mevis, Geschäftsführer, Geyen	27. 8. 1973
Heinrich Meyer, Landwirt, Borcheln	12. 9. 1973
Emil Meyer zur Müdehorst, Landwirt, Bielefeld-Niederbornberg	30. 7. 1973
Viktor Modler, Leiter eines Lagerwerkes, Recklinghausen	14. 12. 1973
Dr. Egbert Möcklinghoff, Regierungspräsident, Lüdinghausen	27. 8. 1973
Ernst Friedrich Wilhelm Möhle, Bauingenieur, Gehlenbeck	27. 8. 1973
Wilhelm Möhlen, techn. Kaufmann, Neuss	27. 8. 1973
Hermann-Josef Müller, Kaufmann, Düsseldorf	12. 9. 1973
Adolf Müller-Born, Direktor, Düsseldorf	28. 8. 1973
Heinrich Nageldick, ehem. Betriebsleiter, Beckum-Vellern	27. 8. 1973
Alfred Nehls, Rektor, Gummersbach	27. 8. 1973
Günter Nelke, Pensionär, Bonn	30. 8. 1973
Johann Nichts, Regierungsamtsinspektor, Düsseldorf	17. 10. 1973
Stefan Nill, Versicherungskaufmann, Dortmund-Gartenstadt	27. 9. 1973
Max Nixdorf, Diplom-Kaufmann, Dortmund	30. 7. 1973

	Verleihungsdatum
Dr. Günter Nöfer, Rechtsanwalt, Troisdorf	27. 9. 1973
Gerhard Oppermann, Zahnarzt, St. Augustin-Hangelar	27. 9. 1973
Hans Obrikat, Regierungsoberamtsrat, Düsseldorf	27. 8. 1973
Willy Otto, Fabrikant, Kreuztal-Buschhütten	17. 10. 1973
Erich Pade, Schriftsetzermeister, Halle/Westf.	4. 6. 1973
Georg Pauly MdL, Abteilungsleiter, Voerde-Friedrichsfeld	27. 8. 1973
Johanna Pawlik, Hausfrau, Duisburg	25. 5. 1973
Otto Pfeiffer, Fabrikant, Wuppertal	27. 9. 1973
Otto Pfeiffer, Werkmeister, Remscheid	27. 9. 1973
Karl August Picard, Schleifer, Remscheid-Hasten	27. 9. 1973
Werner Pohle MdL, Beigeordneter, Minden/Westf.	27. 8. 1973
Wilhelm Poppicht, Geschäftsführer, Düsseldorf	27. 9. 1973
Emil Rabe, Musikdirektor, Dortmund	27. 9. 1973
Sophie Rademacher, Bäuerin, Hennef/Sieg	27. 8. 1973
Hermann Radtke, Rentner, Bockum-Hövel	27. 8. 1973
Eduard Raters, Bankdirektor, Minden	27. 9. 1973
Rudolf Recke, Bankdirektor, Düsseldorf	27. 9. 1973
Dieter Reith, Komponist, Erfstadt	26. 7. 1973
Alfons Rickert, Landwirt, Uedem	27. 9. 1973
Dipl.-Volkswirt Dr. Günter Rinsche, Regierungsrat a. D., Hamm	13. 6. 1973
Bernhard Rosing, Bäcker, Vreden	16. 11. 1973
Dr. Gustav Rothauwe, Leitender Chefarzt, Wülfrath	5. 9. 1973
Heinrich Rottmann, Dachdecker, Bielefeld-Jöllenberg	27. 9. 1973
Prof. Dr. Jürgen Salzwedel, o. Professor, Bonn-Holzlar	14. 12. 1973
Heinrich Sander, Stadtkämmerer a. D., Dinslaken	5. 9. 1973
Wilhelm Sander, Rentner, Bonn	30. 8. 1973
Ernst Söbbeler, Landwirt, Ense-Niederense	30. 7. 1973
Friedrich Soldato, Rentner, Lübbecke-Gehlenbeck	27. 8. 1973
Erich Sommer, Kreisoberamtsrat a. D., Mettmann	27. 9. 1973
Willi Schäferdiek, Schriftsteller, Siegburg	12. 9. 1973
Wilhelmine Maria Schappe, Hausfrau, Ratingen	27. 9. 1973
Johannes Scharfenstein, Tischlermeister, Meschede	12. 9. 1973
Minna Scheerer, Hausfrau, Hüttental-Geisweid	27. 8. 1973
Herbert Scherner, Gewerbeoberamtsrat a. D., Solingen	27. 8. 1973
Günther Schiffmann, Stadtdirektor, Metzkausen	28. 8. 1973
Wilhelm Schlüter MdL, Rektor, Bad Salzuflen-Werl-Aspe	27. 8. 1973
Dr. Paul Schmetkamp, Arzt, Troisdorf	27. 8. 1973
Dr. Norbert Schmiese, Kreisdirektor, Burgsteinfurt	27. 9. 1973
Hermann Schoppe, Fabrikant, Minden	27. 9. 1973
Hermann Schreiber, Rentner, Wülfrath	26. 7. 1973
Karl Heinrich Wilhelm Schütte, Arbeiter, Lübbecke-Eilhausen	30. 7. 1973
Herta Schulte-Mönting, Hausfrau, Soest	12. 9. 1973
Friedrich Wilhelm Schwarz, Beigeordneter a. D., Velbert	26. 7. 1973
Heinrich Schwarze, Steinbruchunternehmer, Nettelstedt	28. 8. 1973
Franz Wilhelm Stahlmecke, Bundesbahnhauptsekretär, Calle-Wennemen	12. 9. 1973
Anton Steinhoff, Landwirt, Beckum	30. 7. 1973
Hans Stephan, Angestellter, Bonn	30. 8. 1973
Franz Stettner MdL, Beigeordneter, Aachen	27. 8. 1973
Gerhard Tanke, Städt. Oberverwaltungsrat, Wanne-Eickel	25. 10. 1973
Paul Tewes, Bankdirektor, Unna	5. 9. 1973
Fritz Tinz, Pensionär, Bonn-Bad Godesberg	30. 8. 1973
Johannes Tofall, Landwirt, Buke	27. 8. 1973
Günter Tolusch, I. Bevollmächtigter, Hürth-Hermülheim	26. 7. 1973
Franz Vosen, Rentner, Kaster/Krs. Bergheim/Erft	30. 7. 1973
Hermann Uekermann, Heimleiter, Detmold	26. 7. 1973

	Verleihungsdatum
Paul Volkmann, Rektor a. D., Remscheid	30. 7. 1973
Paul Weber, Obersteuerrat a. D., Lohmar	25. 10. 1973
Wilhelm Weber, Werkmeister, Bielefeld-Großdornberg	28. 8. 1973
Wilhelm Josef Weber, Kaufmann, Alfter	27. 9. 1973
Dr. Benno Weimann MdL, Vorstandsmitglied, Recklinghausen	27. 8. 1973
Theodor Wels, Rentner, Kleve-Rindern	17. 10. 1973
Fritz Westerfeld, gen. Trinthammer, Landwirt, Garenfeld	27. 9. 1973
Heinrich Westermann, Landwirt, Bockum-Hövel	27. 8. 1973
Gerhard Wetzels, Buchhändler, Espelkamp	27. 9. 1973
Hermann Wibbing, Angestellter i. R., Halle/Westf.	27. 9. 1973
Karl-Heinz Wiegand, Polizeischulrektor, Münster/Westf.	27. 8. 1973
Ernst Wilczok MdL, Bergwerksdirektor, Bottrop	19. 9. 1973
Julius Wilhelm, Amtsoberverwaltungsrat, Harsewinkel	27. 9. 1973
August Willems, Rentner, Remscheid	27. 9. 1973
Paul Windt, Verwaltungsangestellter, Detmold	25. 5. 1973
Peter Wolf, Fabrikant, Remscheid	27. 9. 1973
Christian Zaun, Rentner, Zons	30. 3. 1973
August Ziesche, Rentner, Stolberg	28. 8. 1973

G. Verdienstmedaille

Heinz Abels, Landesoberamtmann, Köln-Raderberg	5. 9. 1973
Fritz Adam, Meister, Wuppertal	27. 9. 1973
Wilhelm Bartling, techn. Betriebsleiter, Gütersloh	9. 1. 1973
Carl Böhm, Abteilungsleiter, Düsseldorf	27. 9. 1973
Peter Bolten, Maschinenschlosser, Krefeld	27. 9. 1973
Heinrich Bomm, Tischler, Gladbeck	25. 10. 1973
Heinz Buhre, Kraftfahrer, Bonn-Bad Godesberg	30. 8. 1973
Alfred Cämmerer, Versicherungsangestellter, Münster/Westf.	27. 9. 1973
Heinz Dammer, Angestellter, Viersen	27. 9. 1973
Alice Domnick, Rentnerin, Bonn-Beuel	17. 10. 1973
Nikolaus Eich, Oberamtsmeister, Köln	5. 9. 1973
Maria Eickhaus, Hausfrau, Krefeld	27. 9. 1973
Franziska Flügel, Hausfrau, Düsseldorf	27. 9. 1973
Walter Glogowski, Kraftfahrer, Bonn	30. 8. 1973
Franz Heimann, Zahnradfräser, Düsseldorf	25. 10. 1973
Ernst Heine, Fernschreiber, Bonn-Bad Godesberg	30. 8. 1973
Herbert Heinze, Kraftfahrer, Bonn	30. 8. 1973
Konrad Herzog, Packmeister, Porz-Lind	27. 9. 1973
Klaus Jaeger, Kaufmann, Düsseldorf	27. 8. 1973
Therese Jansen, Bürovorsteherin, Aachen-Laurensberg	25. 10. 1973
Wilhelm Knipps, Drahtzieher, Altena	27. 9. 1973
Willi Kohnert, Angestellter, Bonn	30. 8. 1973
Friedrich Kölling, Zimmermann, Lemgo	27. 9. 1973
Herbert Kosok, Angestellter, Bonn-Bad Godesberg	30. 8. 1973
Max Lindau, Angestellter, Bonn	30. 8. 1973
Anneliese Meier, Angestellte, Bonn-Bad Godesberg	30. 8. 1973
Heinz Mellies, Angestellter, Bonn	30. 8. 1973
Else Mennigen, Angestellte, Bonn-Bad Godesberg	30. 8. 1973
Maria Monnier, Hausfrau, Düsseldorf	25. 10. 1973
Heinrich Nabbefeld, Malermeister, Mülheim a. d. Ruhr	12. 9. 1973
Anneliese Naujeck, Hausfrau, Solingen	30. 7. 1973
Jakob Neuen, Vorarbeiter, Mülheim a. d. Ruhr	27. 9. 1973
Emil Nölling, Stadtoberamtmann a. D., Hilchenbach	27. 8. 1973
Elfriede von Oehmichen, Tanzlehrerin, Junkersdorf	25. 10. 1973
Antonius Oss, Kraftfahrer, Bonn-Bad Godesberg	30. 8. 1973

	Verleihungsdatum
Willi Peters, Angestellter, Bonn-Duisdorf	30. 8. 1973
Paula Petersohn, Telefonistin, Bonn	30. 8. 1973
Louise Pfeffer, Hausfrau, Düsseldorf	17. 10. 1973
Kurt Platsch, Pförtner, Arnsberg	27. 9. 1973
Wilhelm Reuter, Waldarbeiter, Königswinter	27. 9. 1973
Elfriede Saatkamp, Hausfrau, Solingen	27. 8. 1973
Gottfried Schmedt, Betriebsmeister, Lengerich	25. 10. 1973
Wilhelm Schmedthans, Verwaltungsangestellter, Essen-Frintrop	14. 12. 1973
Katharina Schmidt, Rentnerin, Wesel	12. 9. 1973
Erwin Schnittke, Verkaufssachbearbeiter, Hagen/Westf.	27. 9. 1973
Liselotte Schütz, Regierungsangestellte, Düsseldorf	27. 9. 1973
Wilhelm Thiemann, Meister, Wuppertal	27. 9. 1973
Helene Vogel, Hausangestellte, Herford	16. 11. 1973
Heinrich Voscht, Oberamtsmeister, Düsseldorf	27. 9. 1973
Martin Weidner, Versicherungskaufmann, Schloß Neuhaus	26. 11. 1973
Hildegard Wende, Angestellte, Bonn	30. 8. 1973
Georg Weygand, Versicherungsangestellter, Dortmund	27. 9. 1973
Lotte Wilhelm, Angestellte, Bonn-Bad Godesberg	30. 8. 1973
Erwin Wohlgemuth, techn. Angestellter, Neuss	27. 9. 1973
Maria Woltermann, Schwester Constantia, Ordensschwester, Sonsbeck/Krs. Moers	27. 8. 1973

Einzelpreis dieser Nummer 3,30 DM

Einzellieferungen nur durch den August Bagel Verlag, Düsseldorf, gegen Voreinsendung des vorgenannten Betrages zuzügl. 0,50 DM Versandkosten auf das Postscheckkonto Köln 85 16. (Der Verlag bittet, keine Postwertzeichen einzusenden.) Es wird dringend empfohlen, Nachbestellungen des Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen möglichst innerhalb eines Vierteljahres nach Erscheinen der jeweiligen Nummer bei dem August Bagel Verlag, 4 Düsseldorf, Grafenberger Allee 100, vorzunehmen, um späteren Lieferschwierigkeiten vorzubeugen. Wenn nicht innerhalb von vier Wochen eine Lieferung erfolgt, gilt die Nummer als vergriffen. Eine besondere Benachrichtigung ergeht nicht.

Herausgegeben von der Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf, Elisabethstraße 5. Druck: A. Bagel, Düsseldorf; Vertrieb: August Bagel Verlag, Düsseldorf. Bezug der Ausgabe A (zweiseitiger Druck) und B (einseitiger Druck) durch die Post. Ministerialblätter, in denen nur ein Sachgebiet behandelt ist, werden auch in der Ausgabe B zweiseitig bedruckt geliefert. Bezugspreis vierteljährlich Ausgabe A 20,80 DM, Ausgabe B 22,- DM.

Die genannten Preise enthalten 5,5% Mehrwertsteuer.